

Ercheint täglich
sonntags mit Ausnahme der
Sommer- und Winterferien.

Abonnementpreis
monatlich 30 J., jährlich 1.50 J.
prämium frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezugsbar, folgt
monatlich 10 J., jährlich 30 J.

Die Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeit,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Neubau-Str. 1007.

Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telephon-Str. 1008.

Telegraphen-Adresse: Die Welt Halle-Saale.

Nr. 105

Halle a. S., Freitag, den 6. Mai 1898

9. Jahrg.

Central-Wahlkomitee

für die

Wahlkreise des Regierungsbezirks Merseburg.

Parteiangehörigen, Parteigenossen! Alle An-
fragen bezug. Mitteilungen etc. die Reichstagswahlen be-
treffend, eruchen wir direkt zu richten an

S. Schade, Halle a. S., Böhlbergstraße 1,

Befehlsstunden an

F. Streicher, Gastwirt, Halle a. S., Kleine Ulrichstr. 36.

Diejenigen Genossen und Genossinnen, welche bereit sind,
sich dem Central-Wahlkomitee als Rechner zur Verfügung zu
stellen, eruchen wir, uns umgehend ihre genauen Adressen
zugeben zu lassen.

Chronik auf das Jahr 1848.

6. Mai. Italien. Karl Albert bringt mit seiner Armee
von 45 000 Mann in das österrichische Feindesland ein. Bei
dem Dorf Santa Venzia geht er zuerst siegreich vor, wird jedoch,
als Kaderg zum Angriff übergegangen, mit bedeutendem Verluste
zurückgeschlagen. Die österrichische Armee hielt in ihren Stel-
lungen, wo sie den Anmarsch von Verstärkungen erwartete.

Der Torgelower Streik in gerichtlicher Behandlung.

Das gerichtliche Nachspiel zum Metallarbeiterstreik in
Torgelow, das während der vorigen Woche von dem Sittiner
Schwurgericht stattgefunden hat, hat mit der Beurteilung von
26 Angeklagten geendet. Fünf Arbeiter sind zu Zuchthaus-
strafen verurteilt worden, 21 zu längerer Gefängnisstrafen,
14 Angeklagte sind freigesprochen worden. Die Mehrzahl der
freigesprochenen Arbeiter hatte eine Unteruchungsfrist von
3 1/2 Monaten zu bestehen gehabt, das trifft sie um so
häufiger, als sie ja vorher schon etwa zwei Monate wegen des
Streiks auf der Straße gelegen haben, ohne Arbeit gewesen
sind und von der kaiserlichen Streifenuntersuchung und ihrer
Familien unterhalten wurden. Wegen die Beurteilungen sind
harte Strafen ausgesprochen. Der Gerichtshof ist erheblich
dadurch das Strafmaß bedingte niedrige Strafmäßig
hinabgegangen, allerdings ist er auch erheblich hinter dem von
der Staatsanwaltschaft beantragten Strafmaß zurückgeblieben.
Insolfern hat er Milde walten lassen. Das ist nicht be-
deutunglos, wenn man bedenkt, in welcher Weise die von
den Torgelower im Streik befindlichen Arbeitern verübten
Exzesse gegen die gesamte Arbeitererschaft und auch gegen die
Sozialdemokratie auszunutzen versucht worden sind.

Die Gegner der Arbeiterrechte und der Koalitionsfreiheit
hatten sich von dem Torgelower Streikprozess sogar ver-
stärkliche Beweise für den von der Sozialdemokratie ge-
führten Kampfplan verschaffen. Sie hatten gehofft, das
ganze verurteilte Trossen der Aufwiegler und Heger würde
um einmal vor Gericht gestellt in heller bengalischer Be-
leuchtung „enttarnt“ werden. Nichts davon ist geschehen.
Mit gutem Rechte kann gesagt werden: Neben den streik-
enden Arbeitern, die sich die beharrlichen Anstrengungen
gegen ihre „arbeitwilligen“ Kollegen haben zu schulden
kommen lassen, haben die Fabrikanten von Torgelow, die
Arbeitgeber auf der Anklagebank. Sie haben die Erziehung
der Arbeiter in unüberantwortlicher Weise geführt, ihre Be-
halten mußte die Arbeiter auf's Höchste reizen, und sie sind
feinernwegs unschuldig daran, daß die armen Opfer ihres
Arbeitsgehabens sich in dieser beklagenswerten Weise
vertragen haben.

Es ist gerichtlich festgestellt worden, daß die Arbeitgeber
ihren Arbeitern das Koalitionsrecht, das ihnen gesetzlich ge-
währt ist, in rücksichtslosster Weise beizulegen haben.
Als unter den Arbeitern eine Agitation zur Gründung einer
Zahlreiche des Metallarbeiterverbandes in Torgelow in die
Weg geleitet wurde, schloffen die Fabrikbesitzer sofort einen
Ring und oerpflichteten sich, diese Gründung mit allen ihnen
zu Gebote stehenden Mitteln zu hintertreiben. Man lenkt die
Machtmittel der Arbeitgeber. Sie verlangten die Unter-
scheidung eines Meeres, in dem sich die Arbeiter verpflichten
müßten, bei der Strafe der sofortigen Entlassung dem Verein
nicht beizutreten bezw. aus dem Verein auszutreten. Ja
außer der Strafe der sofortigen Entlassung wurde den Ar-
beitern in diesen Reberien noch die Zahlung einer Summe
von 10 Mark an die Fabrikfabrik auferlegt. Mit Recht
hob der eine Verteidiger hervor, daß nach den Entscheidungen
das Reichsgericht gerade in Arbeiterkoalitionsfällen ge-
fällt hat, in die in Reberien der Arbeiterschaft der verurteilten
Erpressung erfüllt ist.

Es wurde weiter gerichtlich festgestellt, daß die Arbeit-
nehmer alle möglichen Einigungsversuche gemacht haben.
Vor dem Gemeindericht in Uckermarken hat eine Verhand-
lung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern stattgefunden, die
auch zu einem Vergleich geführt hat. Der Vergleich ging
dahin, daß die Arbeiter innerhalb der Fabrikräume und

während der Arbeitszeit jegliche Agitation für ihre Organi-
sation zu unterlassen hätten, daß andrerseits aber die Arbeit-
geber sich verpflichten sollten, sich um das Wohlbefinden ihrer
Arbeiter außerhalb der Fabrik nicht zu kümmern. Es wurde
gerichtlich festgestellt und der Vorsitzende sagte es einem der
als Zeugen auftretenden Arbeitgeber ins Gesicht, daß die
Arbeitgeber dieses in dem oben citierten Vergleich gegebene
Versprechen nicht gehalten, also gebrochen haben. Es wurde
ferner gerichtlich festgestellt, daß der von gegnerischer Seite
als sozialdemokratischer Aufwiegler und Heger gebrandmarkt
Vertreter des Metallarbeiterverbandes, der Former Maschisch
aus Berlin, alles andere getan, nur nicht gehet und auf-
gemiegelt hat. Maschisch hat die Agitation für die Organi-
sation in den allergeringfügigsten Bahnen betrieben, er hat
dann den Streit in der besonnensten und ruhigsten Weise
geleitet, ist stets für die Aufrechterhaltung der Dignität ein-
getreten, und der Vorsitzende des Gerichts selbst hat ihm das
beste Zeugnis auszusprechen, in dem er sagte: Wenn Maschisch
nicht unglücklicherweise einen Tag abwesend gewesen wäre,
das ganze Unglück würde wohl nicht geschehen. Maschisch
hat den glänzendsten Eindruck mit seinem Auftreten vor
Gericht gemacht, das Gleiche kann von den Torgelower
Fabrikanten nicht gesagt werden, abgesehen freilich von dem
einen Fabrikbesitzer, Dr. Vollbold, der die Rechte der Ar-
beiter zu respektieren weiß, in dessen Fabrik insolgeßessen
auch nicht gestreikt wurde, der aber auch ein weißer Hahn
unter den Torgelower Fabrikanten ist. Herr Dr. Vollbold
nahe direkt gegen seine Kollegen und Standesgenossen
Partei, er erklärte auch, daß fast alle diese Fabrikanten eh-
malige Former und Werkführer bei ihm gewesen sind. Es
setzt sich hier die alte Erscheinung, daß der ehemalige Ar-
beiter und Emporkömmling am wenigsten geneigt ist, die
Rechte seiner ehemaligen Standes- und Klassenossen an-
zuerkennen. Von dem als Zeugen auftretenden Ausw-
steher wurde es den streikenden Arbeitern verweilt, daß sie
die Arbeitgeber in den Verhandlungen häufig mit der Be-
zeichnung „Schleiffabrikanten“ belegt haben. Wer die
Jugendanklage des Herrn Dr. Vollbold gehört hatte, ver-
stand den Sinn dieser Bezeichnung, und wer das hilflose
Benehmen namentlich des einen Fabrikanten vor Gericht zu
beobachten Gelegenheit hatte, konnte wirklich nicht verstehen,
wo dieser Fabrikherr die zur Leitung eines Unternehmens
doch immerhin notwendige Intelligenz aufbringen konnte, um
nur einen „Schleier“ zu verdienen. In anderer Fabrikherr
behauptete unter seinem Eide, daß in einem Briefe, den er
von Maschisch erhalten, die Zustimmung gefügt habe, daß
die Arbeiter auf jede Lohnherhöhung für ein volles Jahr ver-
zichten wollten. Er mußte, als ihm aufgegeben worden war,
den Brief zur Stelle zu schaffen, am nächsten Tage gubeben,
daß er sich mit dieser Behauptung geirrt habe.

Wie nach dieser Anweisungnahme der Erst-Staatsanwalt,
der sich sonst, wie anzunehmen werden soll, recht objektiv ge-
halten hatte, noch ja, er konnte der Prozess föhne die Frage
wage legen, ob nicht die Auswüchse des Koalitionsrechtes zu
bezeichnen seien, bleibe unentschieden. Graf Rodowsky wird
aus dem Torgelower Prozeß wirklich kein Material für einen
Streikfall sammeln können. Im Gegenteil, der Prozess
zeigt, daß man den Arbeitern ihre Organisationsgewähren
soll, wenn man sie nicht zu Ausgrenzungen geneigt machen
will und legt die weitere Frage nahe, ob nicht gegen die-
jenigen Arbeitgeber mit Strafen vorgegangen werden muß,
die ihren Arbeitern das Koalitionsrecht einschränken.

Deutscher Reichstag.

183. Sitzung, Mittwoch, 4. Mai, 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Tziemann, v. Söcher.
Die Beratungen des Reichstages allen dem Schritte zu. In der
Mittwochssitzung wurde wieder einmal mit Dampfdruck ge-
arbeitet. Erst nach siebenstündiger Dauer war die reichhaltige
Tagesordnung erledigt. Die Hauptzeit nahm die dritte Beratung
der Militärhaushaltsrechnung in Anspruch. Das Zentrum war
leit der zweiten Beratung wieder einmal unzufrieden und der bei-
sonnen Umständen falls in den Vordergrund geschobene Abg. Prinz
v. Arenberg hatte in einer „freien“ Kommission, die sich aus Mit-
gliedern der Zentrumspartei, der Konservativen und National-
liberalen zusammensetzte, mit der Regierung eine sogenannte Kom-
promiß-Vorlage vereinbart, welche nun auch zur Annahme ge-
langte. Dieses Kompromiß stellt eine große Verschärfung der
Beschlüsse zweiter Beratung dar, und bekanntlich waren selbst
diese Beschlüsse durchaus nicht geteilt, irgendeine als eine wirk-
liche Vermeidung des bestehenden Zustandes zu setzen. Vor allem
befindet sich in der Kompromißvorlage das gesetzgeberische Novum,
wonach längst aus dem aktiven Militärdienst entlassene Personen
während der Zeit der militärischen Kontrolle und ein Jahr dar-
über hinaus der Militärgerichtsbarkeit unterstellt werden, wenn sie
wegen einer früheren Vergebrechen mobilis oder lässlich beliedigend
werden oder ihn zum Zweck tauchen aus Urteilen, die im Dienst-
verhältnis ausgesprochen wurden. Genoss-Frohme und der lässliche
Volkspartei Gausmann betrauten in wünschenswerter Weise
den Standpunkt der Opposition, sie konnten nicht verhindern, daß
das Verordnen einer Reform doch zur Annahme gelangte. Schließ-
lich wurde auch das Sachverhalte angenommen. Dr. Herms
von der freienhändigen Volkspartei kompromittierte dabei seine

Interessensgebühren
betragt für die halbjährigen
Beitragte über deren Name
15 J. für Wohnung-
Beitrag und Vermählung
angehen 10 J.
Im rechnerischen Teile
loset die Seite 50 J.
Interate für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
Donnerstag 1/10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 1001.

Partei bis auf die Knochen. Genosse Burtm stellte das unter
allfälligen Beifall des rüchigen Hauses fest.
Heute, Donnerstag, findet die letzte Sitzung statt.

Freiherrlich Landtag.

Sitzung vom Mittwoch, 4. Mai, 11 Uhr.
Am Ministertische: v. Miquel, Thelen u. a.
Zur Verhandlung steht zunächst die Vorlage, betr. die Be-
willigung weiterer Mittel zur Verbesserung der
Wohnungsverhältnisse von Arbeitern in staatlichen
Betriebe etc. Es werden wiederum 5 Millionen gefordert zur
Errichtung staatlicher Mietwohnhäuser und Genähigung von
Darlehen an Baugenossenschaften, nachdem die durch Gesetz vom
13. August 1895 zu diesem Zweck bewilligten 5 Millionen ver-
wendet sind.
Die zur Verhandlung stehende Vorlage wurde von allen
Seiten sympathisch aufgenommen und als ein Werk von hoher
sozialpolitischer Bedeutung gepriesen. Eine Uebersetzung in die
Subdmissionskommission wurde nicht beliebt; die zweite Lesung wird
durch Reannahme für erledigt erklärt.
Eine längere Debatte knüpfte sich an den Bericht über die Bau-
ausführungen und Beschaffungen der Eisenbahnerverwaltung vom
1. Oktober 1896 bis dahin 1897. Selbst konstante Redner
gingen mit dem Eisenbahnaminister Thelen und seinem Chef, dem
Finanzminister Dr. v. Miquel, scharf ins Gericht, weil ihre über-
triebene Sparpolitik nicht zu rechtfertigen sei. Dessen wird freilich
auch das nicht, die preisliche Finanzpolitik wird wohl nach wie
vor auf die Erstellung hoher Ueberläufe gerichtet sein. Der
Bericht wurde schließlich für erledigt erklärt, ebenso ohne Debatte
die Nachweisungen der zur Förderung des Bundes von Rheinland
bis zum Schlusse des Jahres 1897 bewilligten oder in Aussicht ge-
stellten Staatsschulden, sowie die Beratung der Druckschrift und
der Nachweisung über die zur Errichtung von landwirtschaflichen
Gemeindebauten bis zum Schlusse des Jahres 1897 bewilligten
Beträge.

Hierauf wurden Petitionen ohne allgemeines Interesse beraten.
Donnerstag: Zweite Beratung der Sekundärbahnvorlage, Be-
titionen.
Tagesgeschichten.
Der konservative Wahlaufruf ist gestern erschienen.
Er kommt über die abgeratenen Gemeinplätze nicht hinaus.
Es müssen, so heißt es darin, die Grundlagen des Staates,
der Religion, Monarchie, Sitlichkeit und Familie gewahrt
werden. Wie die Herren die Religion hochhalten, beweist
ihre Vorliebe für die Duelle, wie sie die Monarchie stützen,
ging aus der Drohung der Wähler hervor: sie werden
Sozialdemokraten werden, wenn die Regierung nicht ihre
Forderungen erfüllt; wie es mit der Sitlichkeit in ihrem
Munde aussieht, beneiden die lässlichen Vorkommenisse und
eine unendliche Reihe von Ereignissen auf dem Lande, und
wie das Familienleben gefördert wird, ergibt die Tatsache,
daß der Vater die Mutter von ihren Kindern, den Mann
von seiner Familie trennt, wenn es gilt, billige Arbeitstafel
zu erhalten. — Mit diesem Wahlaufrufe bringen die Kon-
servativen nicht einmal mehr einen hinterpompösen Bauern-
knecht für sich auf die Welt.

Auch nicht übel. Der Leipz. Volksz. wird aus Kiel
gemeldet: „An nu wird's hente! Am Sonntag nach-
mittags wurde an Bord des Panzers 1 Klasse die —
Taufe des jüngsten Sohns des Viceadmirals Thomen im
Weilich der D. Jäger, Deck- und Unteroffiziere und eines
Teiles der Mannschaft und unter Mitwirkung der Schiffs-
musik durch den Marineprediger Nögge vorgenommen. Wis-
lang glauben wir, daß Kindtaufen gerade nicht an Bord
von Kriegsschiffen vorzunehmen seien. Aber wir sehen ja,
daß die Verwendung der Reichsflotte sehr vielfach ist.“
Für wen Deutschland bezahlt. Bekanntlich ist durch
den Reichstag auf Änderungen der Regierung des Nordd.
Nord eine Unternehmung von mehreren Millionen zu teil
genommen, damit er häufigere Dampferfahrten nach Affen
einrichte und durch billigere Passagierpreise den fremdlän-
dischen Gesellschaften Konkurrenz machen kann. Vor kurzem
wollte nun von Hongkong aus ein Herr nach Deutschland
zurückkehren. Er bestellte zehn Tage vor Abfahrt des
Dampfers ein Billet, konnte aber keine erhalten, weil schon
alle Plätze belegt waren und zwar zu drei Viertheil
von Russen, Engländern und Franzosen, damit
also reiche Kaufherren anderer Länder billige Meerfahrten haben,
muß der deutsche Michel Millionen aufbringen.

Die Sünden drücken. Den Konservativen wird schmil-
tend. Ihre Angriffe auf die Grundrechte des Volkes:
Die Freizügigkeit, das Koalitionsrecht und das Wahlrecht
haben in den Kreisen der Arbeiter eine so große Erbitterung
geschaffen, daß die Volksvertreter für den Wahltag das
Schulmeißel befechtigen. Feig, wie sie sind, suchen sich darum
die Kontervoivaten herauszuliegen. Ihre Presse befreit jetzt,
daß die Freizügigkeit in Gefahr sei, nur die „Auswüchse“
sollten befreit werden. Die deutschen Arbeiter haben jedoch
die Verlogenheit der Konservativen zu gründlich kennen ge-
lernt, als daß sie sich täuschen lassen könnten. Und gerade
zur rechten Zeit zeigt das Organ der Agrarier wieder ein-
mal sein wahres Gesicht. Die D. Tagesz. verlangt nämlich,
daß auf die sozialdemokratische Interpretation wegen der
hohen Getreidepreise mit dem Antrage Rantig kompromittiert

